

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- Der EU-Sozialpartnergipfel vom 16. Oktober 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- Digitaler Binnenmarkt: ein Verzeichnis europäischer Filme für einen leichteren Online-Zugang 3
- EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2019 vor 3

##### Rat der Europäischen Union

- Der ASEM-Gipfeltreffen am 18. und am 19. Oktober 4
- Hormonfreies Rindfleisch: Rat genehmigt die Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten 4

##### Europäisches Parlament

- Gig Economy: die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses wollen die Rechte der Arbeitnehmer stärken 5
- Der EU-Umweltausschuss setzt sich für sauberere Lastkraftwagen und Elektrobusse ein 5
- Klaus Iohannis: Einheit muss der Leitmotiv für die Zukunft Europas sein 6
- Neue Regeln für besseres Trinkwasser und zur Verringerung von Plastikmüll 6
- EU-Haushalt 2019: Priorität für die Jugend, die Migration und die Innovation 7
- Stärkung der Sicherheit durch ein EU-weites Informationssystem 7

##### Sonstiges

- Die EU-OSHA sieht einer erfolgreichen Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit 2018 entgegen 9

#### Laufende Konsultationen

Gemeinsame Vertretung der  
Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino bei der EU

#### Tagesordnungen der Institutionen

Tirol-Büro Brüssel  
Rue de Pascale 45–47  
B-1040 Brüssel

#### Impressum

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)



# Thema der Woche

## Der EU-Sozialpartnergipfel vom 16. Oktober

**Die Spitze der EU und Bundeskanzler Kurz als Vertreter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft haben am 16. Oktober beim Europäischen Sozialpartnergipfel in Brüssel mit der Spitze der europäischen Sozialpartnern nach den besten Möglichkeiten gesucht, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern.**

Das Motto des Sozialpartnergipfels für Wachstum und Beschäftigung war „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit in der EU“.

Ein Schwerpunkt der Debatten waren die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für den europäischen Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. UEAPME-Präsidentin Ulrike Rabmer-Koller fordert mehr Investitionen in die Ausbildung und ein stärkeres Engagement der EU und der europäischen Sozialpartner in der Anpassung der Ausbildung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Digitalisierung. Mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU sollte man

mehr in die erforderlichen Infrastrukturen in Innovation und Digitalisierung sowie in die Aus- und Weiterbildung investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas langfristig zu unterstützen.

Der anwesende Eurochambres-Präsident Christoph Leitl betonte, dass die gesamteuropäischen Probleme im Bereich Fachkräftemangel und Kompetenz gesamteuropäische Lösungen erfordern. Leitl hat einen Qualifikationsgipfel mit den europäischen Wirtschaftsvertretern gefordert, um einen EU-weiten Aktionsplan für die Förderung von Humankapital zu starten.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Digitaler Binnenmarkt: ein Verzeichnis europäischer Filme für einen leichteren Online-Zugang

Beim Marché International du Film Classique in Lyon hat die für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige EU-Kommissarin Mariya Gabriel am 22. Oktober den Prototyp eines Verzeichnisses europäischer Filme vorgestellt.

Dieses neue Verzeichnis, das mit Unterstützung der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle auf den Weg gebracht wurde, hält für Fachleute, Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger Informationen über europäische Filme und ihre Verfügbarkeit in Video-on-Demand-Diensten (VoD) in allen Mitgliedstaaten der EU bereit.

Das Verzeichnis existiert derzeit als Prototyp mit Daten von 115 VoD-Diensten über 35 000 europäische Filme. Die Betaversion soll im Frühjahr 2019 eingeführt werden, die endgültige Version soll bis Jahresende online gehen.

Dieses innovative Instrument, das aus dem Förderprogramm Kreatives Europa – MEDIA für den europäischen audiovisuellen Sektor finanziert wird, wird Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und Behörden offenstehen und zahlreiche Vorteile anbieten. Die Initiative ist Teil der Strategie #Digital4Culture und des Europäischen Jahres des Kulturerbes 2018. Die Kommission schlägt für den nächsten Haushaltszeitraum 2021-2027 eine Anhebung der MEDIA-Mittel um 30 %, d. h. auf 1,2 Mrd. EUR, vor.

[Mehr Informationen](#)

## EU-Kommission legt Arbeitsprogramm für 2019 vor

Am 23. Oktober 2018 hat die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2019 vorgelegt.

Die Prioritäten der EU-Kommission für 2019 sind: eine raschen Einigung über die bereits vorgelegten Legislativvorschläge, um die zehn politischen Prioritäten umzusetzen, Annahme einer begrenzten Anzahl neuer Initiativen zur Bewältigung der verbleibenden Herausforderungen und Vorlage mehrerer Initiativen im Hinblick auf die künftige EU mit 27 Mitgliedstaaten, um ein stabileres Fundament für ein starkes, vereintes und souveränes Europa zu schaffen.

Schwerpunkt des Arbeitsprogramms für 2019 sind lediglich 15 neue Initiativen sowie 10 neue Bewertungen der Effizienz der Rechtsetzung, mit denen geltende Rechtsvorschriften überarbeitet werden. Im Interesse einer konzentrierten Umsetzung sieht das Arbeitsprogramm der Kommission im Rahmen der gemeinsamen Erklärung zu den legislativen Prioritäten 45

vorrangige anhängige Vorschläge vor. Die Kommission schlägt vor, 17 anhängige geltende Rechtsvorschriften aufzuheben.

Die zehn Prioritäten der Juncker-Kommission sind: einen neuen Impuls für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen zu schaffen, die Vernetzung des Digitalen Binnenmarktes, die Energieunion und zukunftsweisende Klimaschutzpolitik, die Vertiefung des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion, eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik, die Justiz weiterzuentwickeln und Grundrechte zu sichern, die Migrationspolitik zu reformieren, der EU auf der internationalen Bühne mehr Gewicht zu verleihen und eine Union des Demokratischen Wandels zu schaffen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Rat der Europäischen Union

## Der ASEM -Gipfeltreffen am 18. und am 19. Oktober

Die Staats- und Regierungschefs Europas und Asiens betonten die dringende Notwendigkeit, eine offene Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten und das regelbasierte Handelssystem mit der Welthandelsorganisation (WTO) als Kernstück aufrechtzuerhalten. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich für eine Stärkung und Reform der WTO und für die Stärkung der wirtschaftlichen

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen, die nachhaltige Vernetzung zwischen Europa und Asien zu stärken, um Länder, Menschen und Gesellschaften einander näher zu bringen.

Sie diskutierten auch über Außen- und Sicherheitsfragen, forderten die vollständige Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel und bekräftigten unter anderem ihre Unterstützung für das iranische Atomabkommen. Des Weiteren tauschten sie auch ihre Ansichten über Afghanistan, Syrien und dem Nahen Osten und über die Bedeutung der Bekämpfung von Bedrohungen der Cybersicherheit aus.

Der Gipfel war auch eine Gelegenheit über die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Digitalisierung zu diskutieren. In der Umweltfrage bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr Engagement für die Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2030 und im Bezug auf das Pariser Abkommen riefen alle Länder zu dringenden Maßnahmen auf.

[Mehr Informationen](#)

## Hormonfreies Rindfleisch: Rat genehmigt die Aufnahme von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten

Am 19. Oktober ermächtigte der Rat die Kommission, Verhandlungen über ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Einfuhr von hochwertigem Rindfleisch von Tieren aufzunehmen, die nicht mit bestimmten wachstumsfördernden Hormonen behandelt werden.

Hormonfreie Rindfleischeinfuhren sind nicht Teil der umfassenderen Diskussionen über die Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Dennoch wäre es ein wichtiger Schritt zur Verbesserung unserer Handelszusammenarbeit, eine für beide Seiten vorteilhafte Lösung für den langjährigen Streit um Rindfleisch zu finden. Die österreichische Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort Margarete Schramböck betonte, dass jede Lösung die europäischen Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Lebensmittel respektieren müsse.

Ziel der Verhandlungen ist es, einen langjährigen WTO-Streit endgültig beizulegen und eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung im Einklang mit den WTO-Regeln zu finden. Es soll das EU-Verbot für hormonbehandeltes Rindfleisch als solches in keiner Weise beeinträchtigen. Das Verbot bleibt bestehen. Die EU und die Vereinigten Staaten einigten sich 2009 auf eine Zwischenlösung, die 2014 überarbeitet wurde und ein Zollkontingent (TRQ) für hormonfreie Rindfleischeinfuhren von 45 000 Tonnen gewährt.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Gig Economy: die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses wollen die Rechte der Arbeitnehmer stärken

**Neue Regeln für Mindestrechte für Arbeitnehmer bei On-Demand-, Beleg- oder Plattformarbeit, wie Uber oder Deliveroo wurden vom Beschäftigungsausschuss gebilligt.**

Die Mitglieder des Beschäftigungsausschusses sprachen sich am 18. Oktober dafür aus, dass für eine Person, welche in einem bestimmten Zeitraum Dienstleistungen für und unter der Leitung einer anderen Person gegen Entgelt erbringt, diese neuen Rechten gelten sollen.

Nach dem genehmigten Text müssen alle Arbeitnehmer vom ersten Tag an über die wesentlichen Aspekte ihres Vertrags, so wie Dauer, Kündigungsfristen und anfängliches Grundgehalt, informiert werden. Die Europaabgeordneten haben eine Verpflichtung für die Arbeitgeber eingeführt, diese Informationen schriftlich zur Verfügung zu stellen und Angaben zu Schulungen, Boni und

Überstundenzahlungen zu machen. Um neue Beschäftigungsformen abzudecken, konzentrierten sich die Abgeordneten auf die Verfeinerung eines spezifischen Pakets von Rechten und Sicherheiten. Diese Rechte betreffen die variablen Arbeitszeitpläne, die vorhersehbaren Arbeitszeiten und ermöglichen auch den Arbeitnehmern, gleichzeitig in anderen Unternehmen arbeiten zu können.

In diesem Zusammenhang haben die Abgeordneten auch weitere neue Regeln über die Probezeit in Führungspositionen und über die Schulung der Arbeitnehmer eingeführt.

[Mehr Informationen](#)

## Der EU-Umweltausschuss setzt sich für sauberere Lastkraftwagen und Elektrobusse ein

**Die Europaabgeordneten des Umweltausschusses unterstützten 18. Oktober die Pläne für Lastkraftwagen und Busse, die am ihre Treibhausgasemissionen senken sollen.**

Die Abgeordneten des Umweltausschusses schlugen für neue Lastkraftwagen ein um fünf Prozent höheres Ziel (35%) als die Europäische Kommission (30%) vor. Dies soll die Emissionen in der EU bis 2030 senken, wobei bis 2025 ein Zwischenstand von 20% erreicht werden soll. Die Hersteller müssen sicherstellen, dass emissionsfreie und -arme Fahrzeuge bis 2025 einen Marktanteil von 5 % bzw. bis 2030 von 20 % am Verkauf von Neu- und Lieferwagen erreichen.

Die Abgeordneten des Umweltausschusses haben den Anwendungsbereich des Vorschlags um Stadtbusse erweitert und vorgeschlagen, dass 50 % der neuen Busse ab 2025 elektrisch und 75 % bis 2030 elektrisch sein sollen.

Unabhängige Tests von Fahrzeugen im Einsatz und auf der Straße sollen ebenfalls eingeführt werden. Die Europaabgeordneten erkennen auch an, dass ein sozial akzeptabler und gerechter Übergang zur emissionsfreien Mobilität Veränderungen entlang der gesamten automobilen Wertschöpfungskette mit möglichen negativen sozialen Auswirkungen erfordert.

Im Bericht 2022 sollte die EU-Kommission an einer möglichen Bewertung des gesamten Lebenszyklus der CO2-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen arbeiten und gegebenenfalls Berichtspflichten für die Hersteller vorschlagen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



# Europäisches Parlament

## Klaus Iohannis: Einheit muss der Leitmotiv für die Zukunft Europas sein

**Der rumänische Präsident Klaus Iohannis hat am 23. Oktober mit den Europaabgeordneten und dem Präsidenten der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, über die Zukunft Europas diskutiert.**

Einige Monate vor der Übernahme der rotierenden Ratspräsidentschaft durch Rumänien und elf Jahre nach dem Beitritt des Landes zur EU sagte der rumänische Präsident, dass er sich für die Einheit, den Zusammenhalt, die Solidarität und eine gemeinsame europäische Stimme ausspreche.

Der rumänische Präsident erinnerte an die zahlreichen Herausforderungen, mit denen die EU in letzter Zeit konfrontiert war, einschließlich der Finanz- und Migrationskrisen, die die europäische Einheit in Frage gestellt haben. Er wies darauf hin, dass diese schwierige Zeiten die Europäer zu "einer positiven Erkenntnis geführt haben, und die Europäer auch verbündeten durch „eine Identität, die auf gemeinsamen Werten beruht". Die neuen Realitäten erforderten jedoch Veränderungen.

## Neue Regeln für besseres Trinkwasser und zur Verringerung von Plastikmüll

**Das Parlament hat am 23. Oktober für Maßnahmen gestimmt, um das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser zu stärken, das im Vergleich zu Tafelwasser um vieles preisgünstiger und umweltfreundlicher ist.**

Der angenommene Gesetzesentwurf verschärft die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe und für schädliche Bakterien und setzt neue Grenzwerte für bestimmte hormonwirksame Stoffe. Er sieht zudem eine Überwachung des Gehalts an Mikroplastik vor, was ein zunehmendes Problem darstellt.

Er verwies auf die laufende Debatte über das europäische Leitmotiv. Er stand gegen ein "ein Europa der zwei Geschwindigkeiten oder ein Europa der konzentrischen Kreise". Für Iohannis brauchen die EU-Bürger konkrete Ergebnisse und gute Nachrichten in den Bereichen der Sicherheit, des Friedens und des Wohlstandes. Er hob auch die Rolle hervor, die der Zusammenhalt für die EU spielt. Dieser Zusammenhalt sei nicht nur ein Ziel für die neuen Mitgliedstaaten, sondern auch eine Notwendigkeit für die ältesten Mitglieder der EU. Der Weg zu einer starken und sicheren EU müsse eine erweiterte EU sein.

[Mehr Informationen](#)

Die Mitgliedstaaten sollten den Zugang zu sauberem Wasser in der EU fördern und Zugang zu Wasser in Städten und öffentlichen Einrichtungen verbessern. Zu diesem Zweck sollten frei zugänglichen Trinkbrunnen errichtet werden, soweit dies technisch möglich und verhältnismäßig ist. Die Abgeordneten sprachen sich auch dafür aus, dass Leitungswasser kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr in Restaurants, Kantinen und bei Catering-Dienstleistungen bereitgestellt wird.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## EU-Haushalt 2019: Priorität für die Jugend, die Migration und die Innovation

**Die Europaabgeordneten haben den Gesamthaushalt der EU für 2019 auf 166,34 Mrd. EUR für Verpflichtungen und 149,3 Mrd. EUR für Zahlungen festgelegt. Die Verhandlungen mit dem Rat finden im November statt.**

Die Europaabgeordneten lehnten die vom Rat vorgenommenen Kürzungen von 794 Mio. EUR des EU-Haushalts ab. Sie beschlossen daher, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und des Programms Horizon 2020 vollständig wiederherzustellen und um 256,9 Mio. EUR aufzustocken. Das Parlament hat den Horizont 2020 um weitere 65 Mio. EUR und die beinhalteten klimabezogenen Ausgaben um weitere 97,3 Mio. EUR erhöht.

Die Europaabgeordneten haben das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (+147,5 Mio. EUR), das EU-Nachbarschaftsinstrument sowie die Heranführungshilfe für die westlichen Balkanstaaten (+56,3 Mio. EUR). Für Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationsherausforderungen haben die Abgeordneten den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) mit 33 Mio. EUR unterstützt.

[Mehr Informationen](#)

## Stärkung der Sicherheit durch ein EU-weites Informationssystem

**Das verbesserte Schengener Informationssystem wird zum Kampf der EU gegen Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und irreguläre Migration beitragen.**

Die Abgeordneten haben am Mittwoch drei Verordnungsentwürfe zur Aktualisierung des Schengener Informationssystems (SIS) angenommen.

Im neuen Schengener Informationssystem werden neue Warnmeldungen für unbekannte Personen, die im Zusammenhang mit schweren Verbrechen und Terrorismus gesucht sind, aufgenommen. Die nationalen Behörden sind nun verpflichtet, die Einzelheiten terroristischer Handlungen an alle Mitgliedstaaten weiterzugeben. Es gibt nun präventive Warnmeldungen für entführungsgefährdete Kinder, insbesondere für Eltern, und zusätzliche Warnmeldungen für gefährdete Personen, und

neue Ausschreibungen für Rückführungsentscheidungen, um die Vollstreckung von Entscheidungen eines Mitgliedstaats über die Rückführung eines Drittstaatsangehörigen, der sich illegal aufhält, in sein Herkunftsland zu erleichtern.

Derzeit haben Grenzkontroll-, Polizei-, Zoll-, Justiz- und Migrationsbehörden Zugang zum Schengener Informationssystem. Europol erhält Zugang zu allen Warnungen im System und Frontex zu den Warnungen im Zusammenhang mit ihren Aufgaben.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Reform of road use charges to spur cleaner transport and ensure fairness

EU countries imposing time-based road use charges will need to switch to distance-based ones for trucks and buses from 2023, and vans from end of 2027, under draft rules adopted today.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Die EU-OSHA sieht einer erfolgreichen Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit 2018 entgegen

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und ihre Partner begehen die Europäische Woche für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit jedes Jahr mit Aufklärungsveranstaltungen innerhalb und außerhalb der EU. Das diesjährige Thema ist die Erkennung und Handhabung gefährlicher Substanzen am Arbeitsplatz.

Gefährliche Substanzen sind an fast jedem Arbeitsplatz zu finden. In der Erhebung ESENER-2 der EU-OSHA gaben 38 % der Unternehmen in der EU an, dass in ihren Betrieben chemische oder biologische Stoffe in Form von Flüssigkeiten, Dämpfen oder Staub auftreten. Während der Europäischen Woche kommen Arbeitnehmer mit Führungskräften und Arbeitsschutzaufzertifizierten zusammen, um über das Thema gefährliche Substanzen am Arbeitsplatz aufzuklären, sich über gute praktische Lösungen auszutauschen und ein wirksames Arbeitsschutzmanagement zu fördern.

Die EU-OSHA arbeitet mit einem weit verzweigten Netz nationaler Focal Points, offiziellen Kampagnenpartnern, Medienpartnern und Arbeitsschutzbotschaftern des Enterprise Europe Network zusammen.

Die Medienpartner beteiligen sich unter anderem durch die Veröffentlichung von Artikeln im Magazin Gesunde Arbeit in Österreich, durch das Stiftungszentrum für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in Bulgarien und durch die breit angelegte Aussendung von Informationen in sozialen Medien über ganz Europa hinweg.

[Mehr Informationen](#)



# Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

## [Öffentliche Konsultation zur Empfehlung für vernetzte und automatisierte Mobilität \(CAM\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft  
24. Oktober 2018 – 04. Dezember 2018

## [Consultation on the establishment of the annual priority lists for the development of network codes and guidelines for 2019 and beyond](#)

Energie  
15. Oktober 2018 – 25. Januar 2019

## [Evaluation of the legislation on medicines for children and rare diseases \(medicines for special populations\)](#)

Öffentliche Gesundheitswesen  
12. Oktober 2018 – 04. Januar 2019

## [Amendment of the Regulation on the European Institute of Innovation and Technology \(EIT\)](#)

Allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Innovation  
10. Oktober 2018 – 05. Dezember 2018



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

## EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)

Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnsek, M.A.